

Presseinformation

Kiel, den 17.6.2010

Es gilt das gesprochene Wort

Flemming Meyer

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80

Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300

Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP 16 **Homophobie aktiv bekämpfen!**

Drs. 17/502

Wie wir alle wissen, wird der Internationale Tag gegen Homophobie nun schon seit einigen Jahren am 17. Mai begangen. Dieses Datum ist nicht zufällig gewählt. Denn am 17. Mai 1990 wurde durch die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der längst überfällige Schritt beschlossen, Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten zu streichen. Das mit diesem Tag verbundene Ziel, Respekt für Lesben und Schwule einzufordern halte ich für sehr wichtig. Zeigt doch die Realität leider immer wieder, dass trotz der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes nicht selbstverständlich von einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber Homosexuellen ausgegangen werden kann. Das Adjektiv „schwul“ wird vielmehr oftmals als Schimpfwort verwendet und nicht nur an vielen Schulen herrscht ein Klima, das von Unwissen, Vorurteilen und Ängsten gegenüber Homosexuellen geprägt ist. Doch die Aversion und Aggression gegenüber Schwulen und Lesben beschränkt sich leider nicht nur auf Jugendliche, sondern zieht sich durch viele gesellschaftliche Gruppen.

Nach Meinung des SSW ist es daher nach wie vor wichtig, ein diskriminierungsfreies Umfeld für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen in unserer Gesellschaft zu schaffen. Dies ist allein schon deshalb wichtig, weil es sich bei Homophobie um eine völlig irrationale und sachlich absolut unbegründete Abneigung gegenüber homosexuellen Menschen handelt, die nicht selten weit reichende Folgen hat.

Die vielfältigen Formen der Homophobie, wie z.B. Diskriminierung, Beleidigung aber auch Mobbing und Körperverletzung sind nicht weniger als ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Der Einzelne wird hierdurch in seiner Freiheit und in seinem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung eingeschränkt. Die Ursachen für homophobes Verhalten liegen in vielen Fällen in der Unsicherheit des diskriminierenden Menschen selbst, und nicht etwa in der Lebensweise der Lesben, Schwulen oder Bisexuellen. Auch das Erlernen von Vorurteilen und Stereotypen gegenüber Homosexuellen im Laufe der Kindheit und Jugend trägt zur Homophobie bei. Und nicht selten werden solche Tendenzen noch durch die Medien verstärkt.

Die konkreten Auswirkungen von Homophobie auf gleichgeschlechtlich empfindende Menschen sind genauso unterschiedlich und vielseitig, wie die Formen der Diskriminierung, unter denen homosexuelle Mitmenschen leiden: Ihnen wird von Kindheit an verdeutlicht, dass sie nicht der gängigen Rollenerwartung entsprechen, was häufig zu Problemen mit der eigenen Identität führt. Abwertende homophobe Äußerungen bedeuten für die Betroffenen immer wiederkehrende Qualen, so dass psychische Störungen und ein erhöhtes Selbstmordrisiko die tragischen Folgen sind. So kommt zum Beispiel eine österreichische Studie zu dem Ergebnis, dass jeder dritte Suizidversuch von einem gleichgeschlechtlich orientierten Menschen begangen wird.

Der SSW unterstützt deshalb die von den Grünen eingebrachten Vorschläge für einen Aktionsplan gegen Homophobie in vollem Umfang. Wir sehen in der Bekämpfung von

Homophobie allerdings einen Auftrag für die gesamte Gesellschaft. Neben dem im Antrag formulierten Schwerpunkt im Bildungssystem müssen auch Eckpunkte zur breiteren Förderung der Toleranz von Schwulen und Lesben verankert werden. Auch der SSW sieht die Landesregierung in der Pflicht, mit Kommunen, Verbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren, um einen umfangreichen Aktionsplan gegen Homophobie zu entwickeln. Hier ist es besonders wichtig, dass es nicht bei einem bloßen Entwurf bleibt. Um das Ziel eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten zu erreichen, müssen die unterschiedlichen Aspekte des Aktionsplans auch in der Praxis begleitet, evaluiert und fortlaufend unterstützt werden. Nach Meinung des SSW kann nur auf diesem Weg ein effektiver Schutz von sexuellen Minderheiten gewährleistet werden.